



MARCO URBAN/DE

Christdemokraten Wuff, Merkel, Koch: Gegenseitiges Belauern

Tage nach der Wahl soll er an die Öffentlichkeit.

Die Grundzüge stehen schon fest. So will die Ministerin endlich Wettbewerb zwischen Hausärzten, niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern erlauben: Die Kassen sollen nach Schmidts Plan künftig Einzelverträge mit ausgesuchten Medizinern schließen dürfen. Patienten möchte sie Rabatte anbieten: Wer immer zuerst zum Hausarzt geht, anstatt gleich einen Facharzt aufzusuchen, soll mit einem niedrigeren Kassenbeitrag belohnt werden.

Viele in der SPD-Spitze sehnen sich regelrecht nach einer Phase der engeren Kooperation mit den CDU-Ländern. Die Vorteile lägen in der Sache und in der politischen Strategie. Denn die Christdemokraten im Bundestag unter Führung von Angela Merkel wären weitgehend neutralisiert. Die Möchtegern-Kanzlerin hätte kaum Möglichkeiten der Profilierung.

Vor allem einer würde von dem Miteinander profitieren: Roland Koch. Der Hesse, der sich selbst als „Raubbau“ bezeichnet, könnte gegenüber der Regierung als

Partner und Gegenspieler des Kanzlers punkten. Die negativen Charakterbeschreibungen, von denen die Demoskopien regelmäßig berichten, könnte der Ministerpräsident so ein wenig schleifen: mehr Staatsmann, weniger Schlitzohr, eher Anwalt der Bürger als parteilicher Polemiker.

Der Kanzler und sein Superminister Clement glauben, dass sie mit dem Hessen und dem ihm nahe stehenden Merkel-Vize Friedrich Merz, in der Union für die Wirtschafts- und Finanzpolitik zuständig, ihr Reformprogramm mit nur wenigen Abstrichen umsetzen können. Politisch würden alle Partner dieser informellen Großen Koalition auf Zeit profitieren. Schröder kann regieren, Koch darf sich profilieren.

In der Unionsspitze sind sich alle einig, dass ein Wahlsieger Koch der Partei- und Fraktionschefin Angela Merkel die Kanzlerkandidatur im Jahr 2006 streitig machen will. Das gegenseitige Belauern tritt dann in eine neue Phase.

Die SPD jedenfalls setzt darauf, dass der latente Führungskonflikt die Kampfkraft der Union schwächen würde – wie schon zu den Zeiten, als noch die K-Frage schwebte. Ein SPD-Spitzenfunktionär: „Auf diesen Dauerkonflikt freuen wir uns sehr.“

PETRA BORNHÖFT, HORAND KNAUF, ROLAND NELLES, ALEXANDER NEUBACHER, RALF NEUKIRCH, ULRICH SCHÄFER, CHRISTOPH SCHULT

„Präventivschlag gerechtfertigt“

Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) über den drohenden Krieg gegen Diktator Saddam Hussein

SPIEGEL: Viele Politiker sind empört über den amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, weil der die Haltung von Deutschen und Franzosen in der Irak-Frage als „Problem“ beschrieben hat. Sie auch?

Schönbohm: Ich kann verstehen, dass Rumsfeld enttäuscht ist. Er hat ein unglückliches Bild benutzt, aber wir sollten ihn ernst nehmen und ihm zuhören. Es besteht die Gefahr, dass Deutschland die Nato in Handlungsunfähigkeit stürzt. Die Haltung der Bundesregierung ist ein Affront gegen die Beschlüsse des Unosicherheitsrats und die Inspektoren, die ihre Ergebnisse erst noch vorlegen.

SPIEGEL: Falls die USA einen plausiblen Kriegsgrund nennen können, sollte die Bundesrepublik mitziehen?

Schönbohm: Die Amerikaner verfügen über die besten Informationsquellen. Wenn der Sicherheitsrat die Auffassung der US-Regierung, dass Saddam Hussein gegen die Uno-Resolution 1441 verstoßen hat, zustimmend zur Kenntnis nimmt, darf sich Deutschland nicht isolieren. Die

USA sind unser wichtigster Bündnispartner. Das Ziel ist die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen. Wenn Saddam nicht mit den Vereinten Nationen kooperiert, muss er mit Konsequenzen rechnen, dazu gehört auch sein Sturz.

SPIEGEL: Soll sich Deutschland daran militärisch beteiligen?

Schönbohm: Unsere Mittel sind durch die vielen Auslandseinsätze der Bundeswehr ziemlich erschöpft. Aber wenn wir noch logistische Kapazitäten haben, könnten wir sie anbieten.

SPIEGEL: Kann es sich die Union denn leisten, gegen die große Mehrheit der Deutschen einen Militärschlag zu befürworten?

Schönbohm: Wir dürfen nicht vergessen, dass Saddam mit Giftgas gegen das eigene Volk vorgegangen ist, friedliche Nachbarn brutal überfallen hat, Israels Exis-

tenzrecht bestreitet und Terroristen weltweit unterstützt. Wir müssen den Menschen klar machen, dass die Gefahr von Saddam ausgeht und nicht von Präsident Bush.

SPIEGEL: Ist es für CDU/CSU kein Problem, wenn der Papst und die deutschen Bischöfe „Nein zum Angriffskrieg“ rufen?

Schönbohm: Viele in der Union schmerzt es, dass der Papst sich so früh festgelegt hat. Im Übrigen hat auch er Krieg als Ultima Ratio nicht ausgeschlossen ...

SPIEGEL: ... in einem Halbsatz.

Schönbohm: Wenn wir Deutschen daran denken, unter welchen Opfern Adolf Hitler niedergeworfen wurde, müssen wir zu dem Schluss kommen, dass es Situationen gibt, wo die Staatengemeinschaft zusammenstehen muss. Es gibt leider Gefahren, die sich nur mit militärischen Mitteln beseitigen lassen.

SPIEGEL: Sie glauben an den „gerechten Krieg“?

Schönbohm: Nein, aber wenn es sich um Notwehr handelt, ist ein Präventivschlag gerechtfertigt.



MARC-STEFFEN LINGER

CDU-Politiker Schönbohm „Affront gegen die Uno“